

FRIEDRICHSHAFEN

Schwäb. Z.

FREITAG, 18. NOVEMBER 1983

Rekordbesuch bei IG-Metall-Funktionärskonferenz mit Professor Däubler

Statt Arbeitslosigkeit: Arbeitszeitverkürzung

Gegen Unternehmerkonzeption der „flexiblen Arbeitsverteilung“ – Reine Rationalisierungsversuche

OBERTEURINGEN. Mit rund 400 Teilnehmern, darunter auch Vertreter anderer DGB-Gewerkschaften, fand in Oberteuringen die seit langem größte Funktionärskonferenz der IG-Metall-Verwaltungsstelle Friedrichshafen statt. Referent zum Thema „35-Stunden-Woche: Eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit!“ war Professor Wolfgang Däubler von der Universität Bremen. Hiervon erhielten wir folgenden Bericht: „Däubler begründete die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung mit den hohen Arbeitslosenzahlen von offiziell 2,3 Millionen in der Bundesrepublik und einschließlich Dunkelziffer mindestens 3 Millionen.

Nach Prognosen der Arbeitsmarktforschungsinstitute werde die Arbeitslosenzahl bis 1990 auf 4 bis 8 Millionen ansteigen. Dies habe nicht nur verheerende Auswirkungen auf die Arbeitslosen selbst, sondern auch auf diejenigen, die noch einen Arbeitsplatz hätten. Lohnabbau, Sozialabbau, Leistungsverdichtung, Schwächung der Interessenvertretung der Arbeitnehmer und Gefahr für die demokratische Entwicklung seien die Folgen.

Notwendige Begleitmaßnahmen zur 35-Stunden-Woche seien die Herabsetzung des Rentenalters durch den Gesetzgeber sowie ein staatliches Investitionsprogramm z. B. im Bereich Umweltschutz, soziale Dienste und Wohnungsbau. Bei entsprechendem Willen der Regierenden sei durchaus genügend Geld dafür vorhanden. Die Beschäftigung von mehr Steuerfahndern würde dem Staatssäckel Milliardenbeträge zuführen. Allein im Jahre 1983 kosteten die Arbeitslosen den Staat rund 55 Milliarden DM, die sinnvoller für die Beschaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt würden.

Mit Nachdruck wandte sich Däubler gegen die Unternehmerkonzeption der ‚flexiblen Arbeitsverteilung‘. Hier handle es sich um reine Rationalisierungsversuche. Alle Unternehmensvorschläge liefen auf Arbeitszeitver-

kürzung ohne Lohnausgleich hinaus. Dies bedeute Kaufkraftschwächung und damit weitere Arbeitsplatzvernichtung. Däubler unterstrich die Forderung nach vollem Lohnausgleich. Die Arbeitnehmer hätten schon in den letzten drei Jahren keinen Pfennig mehr vom Produktivitätsfortschritt bekommen. Mit diesem erzwungenen Verzicht sei die 35-Stunden-Woche von den Arbeitnehmern schon längst vorfinanziert worden.

Falsch sei auch die Behauptung, die 35-Stunden-Woche werde die Konkurrenzfähigkeit der bundesrepublikanischen Wirtschaft vernichten. Trotz sieben Wechselkursänderungen zu Ungunsten der DM in den letzten fünf Jahren habe die Bundesrepublik ihre Exporte weiter ausweiten können. Diese Wechselkursänderungen hätten die Exportkosten wesentlich stärker erhöht, als es die 35-Stunden-Woche je könne.

In der Diskussion wandte sich Helmut Hunger, Betriebsratsvorsitzender bei MTU, gegen das Argument von den hohen Lohnkosten. Wer von hohen Lohnkosten rede, müsse dazu sagen, daß in der teuerbezahlten Stunde in der Bundesrepublik auch wesentlich mehr geleistet würde als in den billiger bezahlten Stunden in anderen Ländern. Die

Tarifrente, so Hunger, sei keine Alternative zur 35-Stunden-Woche.

Schon jetzt finde man in den größeren Betrieben im Bereich der Verwaltungsstelle kaum noch Beschäftigte im Alter von 60 und mehr Jahren. Die Arbeitszeitverkürzung sei bei MTU, ZF und vielen anderen Betrieben bereits in Form der Kurzarbeit eingeführt. Die Gewerkschaften stünden vor einer historischen Aufgabe, der sie sich stellen müßten.

Hans Zeller (ZF) warnte vor der Illusion, durch mehr Arbeit und niedrigere Löhne könne die weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen verhindert werden. Gerade das Beispiel Japan zeige, daß Arbeitsplätze trotz langer Arbeitszeit und niedriger Löhne im Geschwindsschritt wegrationalisiert würden.

Detlef Haag, 2. Bevollmächtigter der IG-Metall-Verwaltungsstelle, wandte sich in seinem Schlußwort noch einmal gegen die Forderung der Unternehmer nach flexibler Arbeitszeit. Als Beispiel für die arbeitsmarktpolitische Untauglichkeit dieses Rezeptes führte er den Siemens-Konzern an, in dem die Arbeitnehmer ab dem 55. Lebensjahr bei 75 Prozent der bisherigen Bezüge nur noch die halbe Arbeitszeit zu leisten haben. Von 12 000 Anspruchsberechtigten hätten nur ganze 120 diese Regelung in Anspruch genommen. Der Rest könne es sich finanziell einfach nicht leisten.

Hagg verglich die in den nächsten Jahren bei Nichtstun zu erwartende Lage mit den Jahren 1932 bis 1933, in denen ähnlich hohe Arbeitslosenzahlen zur Vernichtung der Demokratie und zur Errichtung der Nazi-Herrschaft führten. Unter dem Beifall der Anwesenden rief er aus: ‚Uns kann nicht egal sein, was aus dieser Republik wird!‘

I-Verwaltungsstelle

Zeitungstitel

Erscheinungsdatum

Friedrichshafen

Südkurier

15.11.83

Nr.:

Pressestelle Pressestelle Pressestelle Pressestelle Pressestelle Pressestelle Pressestelle Pressestelle

„Gewerkschaft vor großer Aufgabe“

400 Teilnehmer bei IG Metall-Funktionärskonferenz

Friedrichshafen/Oberteuringen u. Mit rund 400 Teilnehmern, darunter auch Vertretern anderer DGB-Gewerkschaften, fand am vergangenen Freitag in Oberteuringen die seit langem größte Funktionärskonferenz der IG Metall-Verwaltungsstelle Friedrichshafen statt. Die IG Metall-Verwaltungsstelle Friedrichshafen umfaßt den Bodenseekreis, den Kreis Ravensburg und den Ostteil des Kreises Sigmaringen mit Saulgau und Mengen. Referent zum Thema „35-Stunden-Woche: Eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit!“ war Professor Wolfgang Däubler von der Universität Bremen.

Däubler begründete die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung mit den hohen Arbeitslosenzahlen von offiziell 2,3 Millionen in der Bundesrepublik und einschließlich Dunkelziffer mindestens 3 Millionen. Nach Prognosen der Arbeitsmarktforschungsinstitute werde die Arbeitslosenzahl bis 1990 auf 4 bis 8 Millionen ansteigen. Dies habe nicht nur verheerende Auswirkungen auf die Arbeitslosen selbst, sondern auch auf diejenigen, die noch einen Arbeitsplatz hätten. Lohnabbau, Sozialabbau, Leistungsverdichtung, Schwächung der Interessenvertretung der Arbeitnehmer und Gefahr für die demokratische Entwicklung seien die Folgen.

Mit Nachdruck wandte sich Däubler gegen die Unternehmerkonzeption der „flexiblen Arbeitsverteilung“. Hier handle es sich um reine Rationalisierungsversuche. Alle Untermervorschläge liefen auf Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich hinaus. Dies bedeute Kaufkraftschwächung und damit weitere Arbeitsplatzvernichtung.

In der Diskussion wandte sich Helmut Hunger, Betriebsratsvorsitzender bei MTU, gegen das Argument von den hohen Lohnkosten. Wer von hohen Lohnkosten rede, müsse sagen, daß in der teuer bezahlten Stunde in der Bundesrepublik auch wesentlich mehr geleistet würde als in den billiger bezahlten Stunden in anderen Ländern. Die Arbeitszeitverkürzung sei bei MTU, ZF und vielen anderen Betrieben bereits in Form der Kurzarbeit eingeführt. Die Gewerkschaften stünden vor einer historischen Aufgabe, der sie sich stellen müßten.

Hand Zeller (ZF) warnte vor der Illusion, durch mehr Arbeit und niedrigere Löhne könne die weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen verhindert werden. Gerade das Beispiel Japan zeige, daß Arbeitsplätze trotz langer Arbeitszeit und niedriger Löhne im Geschwindschritt wegrationalisiert würden.

Detlef Haag, 2. Bevollmächtigter der IG Metall-Verwaltungsstelle, wandte sich in seinem Schlußwort noch einmal gegen die Forderung der Unternehmer nach flexibler Arbeitszeit. Haag verglich die in den nächsten Jahren bei Nichtstun zu erwartende Lage mit den Jahren 1932 bis 1933, in denen ähnlich hohe Arbeitslosenzahlen zur Vernich-

tung der Demokratie und zur Errichtung der Nazi-Herrschaft führten. Unter dem Beifall der Anwesenden rief er aus: „Uns kann nicht egal sein, was aus dieser Republik wird!“

Berichte über die IG Metall in der örtlichen Presse bitte ausschneiden, hier aufkleben und an die Pressestelle beim Vorstand schicken

Schwäb. Z. Tettnang

DONNERSTAG, 17. NOVEMBER 1983 / NR. 265

Rekordbesuch bei IG Metall-Funktionärskonferenz**Statt Arbeitslosigkeit für viele:
Arbeitszeitverkürzung für alle!**

BODENSEEKREIS. Mit etwa 400 Teilnehmern, darunter auch Vertretern anderer DGB-Gewerkschaften, fand in Oberteuringen die seit langem größte Funktionärskonferenz der IG Metall-Verwaltungsstelle Friedrichshafen statt. Referent zum Thema „35-Stunden-Woche: Eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit!“ war Professor Wolfgang Däubler von der Universität Bremen. Davon ging uns folgender Bericht zu.

„Däubler begründete die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung mit den hohen Arbeitslosenzahlen von offiziell 2,3 Millionen in der Bundesrepublik und einschließlich Dunkelziffer mindestens 3 Millionen. Nach Prognosen der Arbeitsmarktforschungsinstitute werde die Arbeitslosenzahl bis 1990 auf 4-8 Millionen ansteigen. Dies habe nicht nur verheerende Auswirkungen auf die Arbeitslosen selbst, sondern auch auf diejenigen, die noch einen Arbeitsplatz hätten. Lohnabbau, Sozialabbau, Leistungsverdichtung, Schwächung der Interessenvertretung der Arbeitnehmer und Gefahr für die demokratische Entwicklung seien die Folgen.“

Notwendige Begleitmaßnahmen zur 35-Stunden-Woche seien die Herabsetzung des Rentenalters durch den Gesetzgeber sowie ein staatliches Investitionsprogramm z.B. im Bereich Umweltschutz, soziale Dienste und Wohnungsbau. Bei entsprechendem Willen der Regierenden sei durchaus genügend Geld dafür vorhanden. Die Beschäftigung von mehr Steuermählern würde dem Staatssäckel Milliardenbeträge zuführen.

Mit Nachdruck wandte sich Däubler gegen die Unternehmerkonzeption der „flexiblen Arbeitsverteilung“. Hier handle es sich um reine Rationalisierungsversuche. Alle Untermervorschläge liefen auf Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich hinaus. Dies bedeute Kaufkraftschwächung und damit weitere Arbeitsplatzvernichtung. Däubler

unterstrich die Forderung nach vollem Lohnausgleich. Die Arbeitnehmer hätten schon in den vergangenen drei Jahren keinen Pfennig mehr vom Produktivitätsfortschritt bekommen. Falsch sei auch die Behauptung, die 35-Stunden-Woche werde die Konkurrenzfähigkeit der bundesrepublikanischen Wirtschaft vernichten. Trotz sieben Wechselkursänderungen zu Ungunsten der DM in den vergangenen fünf Jahren habe die Bundesrepublik ihre Exporte weiter ausweiten können. Diese Wechselkursänderungen hätten die Exportkosten wesentlich stärker erhöht, als es die 35-Stunden-Woche je könne.

In der Diskussion wandte sich Helmut Hunger, Betriebsratsvorsitzender bei MTU, gegen das Argument von den hohen Lohnkosten. Wer von hohen Lohnkosten rede, müsse dazu sagen, daß in der teuerbezahlten Stunde in der Bundesrepublik auch wesentlich mehr geleistet würde als in den billiger bezahlten Stunden in anderen Ländern. Hans Zeller (ZF) warnte vor der Illusion, durch mehr Arbeit und niedrigere Löhne könne die weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen verhindert werden. Gerade das Beispiel Japan zeige, daß Arbeitsplätze trotz langer Arbeitszeit und niedrigere Löhne im Geschwindigkeit weg-rationalisiert würden.

Detlef Haag, 2. Bevollmächtigter der IG Metall-Verwaltungsstelle, wandte sich in seinem Schlußwort noch einmal gegen die Forderung der Unternehmer nach flexibler Arbeitszeit. Als Beispiel für die arbeitsmarktpolitische Untauglichkeit dieses Rezeptes führte er den Siemens-Konzern an, in dem die Arbeitnehmer ab dem 55. Lebensjahr bei 75 Prozent der bisherigen Bezüge nur noch die halbe Arbeitszeit zu leisten haben. Von 12000 Anspruchsberechtigten hätten nur ganze 120 diese Regelung in Anspruch genommen. Der Rest könne es sich finanziell einfach nicht leisten.“

Haag lehnt einseitige Verkürzung ab

Gewerkschafter sprach bei SPD zu Arbeitszeitdiskussion

Friedrichshafen u. Detlef Haag, Bevollmächtigter der IG-Metall-Verwaltungsstelle Friedrichshafen, war Referent der letzten Monatsversammlung der Häfler SPD, die das Thema „Arbeitszeitverkürzung“ zum Inhalt hatte.

Einleitend stellte Haag fest, daß man auf hohe Wachstumsraten nicht mehr hoffen dürfe. Marktsättigung im Inland und bedrohliche Überschuldung der Dritten Welt ließen dies nicht mehr zu. Die Lage in der Metallindustrie - auch in den örtlichen Großbetrieben ZF und MTU - sei überdies gekennzeichnet durch zunehmende Produktivität, auch bedingt durch den Einsatz von Robotern und Automaten, bei mangelnder Auslastung und schrumpfenden Auftragspolstern. Dies werde besonders deutlich in der andauernden Kurzarbeit bei MTU und ZF, die beide von der weltweiten Flaute auf dem Markt der Nutzfahrzeuge betroffen seien. Auch wenn er als Gewerkschafter beiden

Betriebsleitungen ein Lob aussprechen müsse für ihre Versuche, dem Problem auf der „weichen Welle“ beizukommen, ja sogar die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhalten, wenn nicht gar zu vermehren, so frage er sich doch voller Sorge, wie lange dies durchzuhalten sei.

Keine der bisher diskutierten Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung sei - dies belegte er mit zahlreichen Graphiken, Diagrammen und Statistiken - ein Allheilmittel gegen den dramatisch hohen Sockel von mehr als zwei Millionen Arbeitslosen. Allerdings stelle sich in der Metallindustrie die Frage nach der Herabsetzung des Rentenalters nicht, da hier ohnehin nur ein schwindend kleiner Teil der Arbeitnehmer bis zum Eintritt in das gesetzliche Rentenalter durchhalte. Deshalb habe sich die Gewerkschaftsbewegung für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich entschieden.